

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 23. September 2021, 17:15 Uhr, Lachensaal, Kultur- und Kongresszentrum Thun (KKThun)

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Roman Gugger Peter Aegerter, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Marc Barben, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Alwin Hostettler, Daniela Huber Notter, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Nicole Krenger, Alice Kropf, Serge Lanz, Christoph Lauener, Barbara Lehmann Rickli, Manfred Locher, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmänn, Reto Schertenleib, Verena Schneiter, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk, Daniel Waldspurger, Simon Werren, Ronald Wyss, Sarah Zaugg
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz (bis Traktandum 4, 18.40 Uhr), Gemeinderätin Andrea de Meuron, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	ao. Ratssekretärin Gabriela Meister
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Tanja Aebersold
Entschuldigt	Stadträtinnen Michelle Marbach, Vera Vuille und Cloe Weber, Stadträte Hanspeter Aellig und Jonas Baumann-Fuchs
Schluss der Sitzung	19:15 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst zur Sitzung. Besonders begrüsst er eine Klasse des Gymnasiums Thun.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

71. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19. August 2021

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

72. Reglement vom 25. August 1986 über den Arbeitslosen-Sozialfonds (SSG 836.312), Teilrevision. Genehmigung und Inkraftsetzung per 1. Dezember 2021

Wechsel der Zuständigkeit von der Abteilung Sicherheit zur Abteilung Soziales

Eveline Salzmann, **SAKO Si+So**, sagt, dass der Arbeitslosen-Sozialfond zur Fachstelle für Arbeitsintegration gehört. Diese hat von der Abteilung Sicherheit in die Abteilung Soziales gewechselt. Deshalb wird auch der Wechsel von diesem Fonds in die Abteilung Soziales beantragt. Es gibt keinen Wechsel im Zweck oder der Finanzkompetenz. Die SAKO hat dieses Geschäft bei drei Abwesenheiten einstimmig genehmigt.

Eveline Salzmann, **SVP-Fraktion**, teilt mit, dass die Fraktion die Änderung des Reglements nachvollziehen kann und die vom Gemeinderat beantragten Beschlüsse einstimmig annehmen wird.

Barbara Lehmann Rickli (FDP) führt aus, dass sich die beantragten Reglementsänderungen aufdrängen. Sie anerkennt den Sinn und Zweck des Fonds. Persönlich ist sie keine Freundin von Fonds. Durch diese wird dem Finanzgeber die transparente Kontrolle der Gelder entzogen. Die FDP wird aber den vorgeschlagenen Änderungen zustimmen.

Alwin Hostettler, **Fraktion Grüne/JG**, sagt, dass die vorliegenden Anpassungen unbestritten sind und keine nennenswerten Diskussionen nach sich gezogen haben. Die Fraktion wird dem Beschluss einstimmig zustimmen.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass die Fraktion die Teilrevision als notwendig erachtet, diese den neuen Verhältnissen angepasst und zeitgemäss ist und sie der Vorlage zustimmt.

Der Rat genehmigt mit 35 : 0 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 18. August 2021 beschliesst:

1. Die Teilrevision des Reglements über den Arbeitslosen-Sozialfonds (Wechsel der Zuständigkeit von der Abteilung Sicherheit zur Abteilung Soziales) wird genehmigt und auf den 1. Dezember 2021 in Kraft gesetzt.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

73. Zone mit Planungspflicht (ZPP) «Bernstrasse 11»

Zonenplanänderung mit ZPP-Vorschriften nach Artikel 58 bis 61 Baugesetz, beinhaltend Änderung des Zonenplans und des Baureglements 2002, Anhang 3: neue Zonenvorschriften ZPP «Bernstrasse 11»

Der Stadtpräsident macht zwei Vorbemerkungen. Am 13. September hat das Bundesamt für Statistik die aktuelle Leerwohnungsstatistik publiziert. Die Stadt Thun hat nach wie vor eine der tiefsten Leerwohnungsbestände der ganzen Schweiz. Es besteht ein gewisser Druck auf dem Wohnungsmarkt. Es wäre zu begrüßen, wenn zusätzlicher attraktiver Wohnraum geschaffen werden könnte. Zweitens konnten Befürchtungen gelesen werden, dass die laufende Ortsplanungsrevision zu einem Planungsstopp führen könnte. Das Stadtentwicklungskonzept wurde vorgezogen, auch damit die strategischen Grundlagen vorliegen für Arealentwicklungen. Dadurch kann die Ortsplanungsrevision vorangetrieben werden, aber einzelne Areale können gleichwohl entwickelt werden. Es wurde aber koordiniert. Insgesamt ist das Geschäft ein Beispiel für eine gelungene Arealentwicklung. Der Gemeinderat konnte sehr partnerschaftlich mit den Investoren zusammenarbeiten. Es konnte ein qualitätssicherndes Verfahren durchgeführt werden. Die strategischen Zielsetzungen der Stadt Thun konnten weitgehend erreicht werden. Als Beispiel sei hier die Siedlungsentwicklung gegen innen erwähnt. Bei einem gewöhnlichen Baugesuch wäre der Boden weniger haushälterisch genutzt worden. Es kann attraktiver Wohnraum geschaffen werden und die Baukultur konnte erhalten werden. Das erhaltenswerte Gebäude an der Strasse wird als Zeitzeugin stehen bleiben. In Bezug auf die Energie konnte mit dem Anschluss an die Fernwärme eine zeitgemässe Lösung gefunden werden. Auch betreffend Mobilität entspricht dies den Zielsetzungen. Es ist ein Betriebskonzept Mobilität geplant mit einem Mobility-Standort. Elektrotankstellen sollen es ermöglichen, auf entsprechende Fahrzeuge umzustellen. Es gibt Vorschriften, wie viele Parkplätze pro Wohneinheit gebaut werden müssen. Nach Bauverordnung sind dies 0.5 bis 2 Parkplätze pro Wohnung. Nach der Mitwirkung wurde vorliegend eine Bandbreite von 0.5 bis 0.9 Parkplätzen pro Wohnung festgestellt. Es wurde dann ein Wettbewerb durchgeführt. Die Breite wurde reduziert. Das Projekt, das den Wettbewerb gewonnen hat, geht von knapp 0.7 Parkplätzen pro Wohnung aus. Dies wird als angemessener Wert empfunden, der eine hohe Verbindlichkeit geniesst. Die Planungspflicht wird bei einer ZPP nicht durch eine Überbauungsordnung abgelöst, sondern durch das Wettbewerbsprojekt. Betreffend Energie ist ein Anschluss an das Fernwärmenetz geplant sowie der SNBS-Standard mit mindestens der Note 4.0. Man kann sagen, dass man ambitionierter sein muss. Es handelt sich aber um Mindestanforderungen. Er beantragt, die Vorlage anzunehmen.

Manon Jaccard, **SAKO P+StE**, war unklar, ob beim Einbahnregime ein Linksabbiegen vom Schweizerweg auf die Bernstrasse möglich ist. Dies sei intensiv geprüft worden und möglich. Der Kanton kam zum Schluss, dass dies die einzige Möglichkeit sei. Es wäre aber auch möglich, beim Berntorkreisel zu wenden. Eine 30er-Zone könnte beim Kanton beantragt werden. Es ist noch nicht klar, welches Verkehrsregime gelten soll. Unklar war, wieso die Bandbreite der Parkplätze von 0.5 bis 0.9 Parkplätze pro Wohnung so weit ausgestaltet ist. Die Bauherrschaft hat ein grosses Interesse, nicht viele Parkplätze zu bauen. Die Frage, ob mehr Parkplätze zu mehr Verkehr führen, sehen die Mitglieder differenziert. Es soll an drei Orten Fahrradparkplätze geben. Eine Bike-Sharing-Station könnte eine gute Massnahme für das Betriebskonzept sein. Die SAKO hat die ZPP mit 4 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen und einer Abwesenheit angenommen.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass sich die Fraktion beim Mitwirkungsverfahren nicht beteiligt hat, weil einige Punkte wie der Anschluss an die Fernwärme schon festgelegt waren. Positive Aspekte des Projekts sind das Architektonische und das verdichtete Bauen. Sorge bereitet ihnen die Energie und das Label, das gewählt wurde. Auch über die Anzahl Parkplätze ist die Fraktion nicht erfreut. Deshalb stellt sie dazu zwei Anträge gemäss Tischaufgabe. Betreffend Energie soll trotzdem mit dem Label SNBS gearbeitet werden, aber dort soll die Mindestnote 5.0 (SNBS Gold) angestrebt werden. Die Begründung ist, dass nicht für heute, sondern für die nächsten 60-80 Jahre gebaut wird. Dies ist wichtig für die Investor*innen und die Pensionskassengelder. Der Werterhalt kann so gesichert werden und damit auch die Renten der Versicherten. Vorstellen kann man sich, dass beim bestehenden Gebäude Ausnahmen gemacht werden kön-

nen. Die Anzahl Parkplätze soll auf 0.5 Parkplätze pro Wohnung festgelegt werden. Dank der unmittelbaren Lage zum Stadtzentrum und der guten Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel ist das Areal an der Bernstrasse prädestiniert dazu, möglichst wenig zusätzlicher Verkehr zu verursachen. Die Verkehrsprobleme in Thun sind bekannt. Dies ist auch wichtig für die Investor*innen. Latenter Stau ist kein gutes Verkaufsargument.

Markus van Wijk (FDP) findet die vorliegend geschickte Umnutzung sinnvoll. Es ist naiv zu denken, dass der Investor nicht eine möglichst hohe Rendite erwirtschaften will. Der Absicht der flexibel gestalteten Gebäudehöhen kann er viel abgewinnen. Interessant ist, dass bereits ein Projektwettbewerb durchgeführt werden konnte. An diesem Standort soll attraktiver Wohnraum entstehen. Der geplante Mehrwertergleich ist eine nicht unangenehme Nebenwirkung. Er fragt den Stadtpräsidenten, ob im Zeitpunkt der Fertigstellung des Areals der Anschluss an das Fernwärmenetz gewährleistet werden kann. Interessanter wird sein, wie das Areal effektiv mit Leben gefüllt werden kann. Er denkt dabei an das Burgzentrum, das eher in einer schwierigen Situation ist. Die FDP lehnt die beiden zusätzlichen Anträge ab. Thun braucht Investoren. Ob Investoren zwingend Thun brauchen, ist fraglich. Die FDP stimmt der Zonenplanänderung ZPP an der Bernstrasse 11 zu.

Verena Schneiter, **Fraktion EVP+EDU**, teilt mit, dass die vorliegende ZPP viele Kriterien für innerstädtisches Bauen erfüllt. Die Planung stimmt mit der laufenden Ortsplanungsrevision überein. Das resultierende Richtprojekt aus dem Wettbewerb sieht ansprechend und gelungen aus. Die angestrebte Verdichtung ist an diesem Standort angezeigt. Dass hier kein Einkaufszentrum entstehen soll, unterstützt die Fraktion. Die Anzahl der vorgesehenen Parkplätze muss beibehalten werden, weil sich diese Wohnlage anbietet, schnell auf der Autobahneinfahrt Thun Nord zu sein ohne innerstädtisch den Verkehr zu belasten. Die Erschliessung über den Schweizerweg im Einbahnregime ist gut durchdacht. Auch der Anschluss an das Fernwärmenetz der KVA ist wünschenswert. Auf die Gestaltung der Aussenräume soll grosser Wert gelegt werden. Eine Verdichtung in diesem Ausmass schränkt die Freifläche erheblich ein. Die Freifläche soll maximiert und allen zugänglich gemacht werden. Sie soll zum Verweilen und Spielen einladen. Für die Stadt ist zu bedenken, dass die Lage an der Gemeindegrenze für die Schulwegsicherheit eine Herausforderung sein wird. Die Fraktion freut sich über die vorliegende ZPP und dass das Areal den Charakter durch die Erhaltung des Gebäudes an der Bernstrasse erhalten kann. Sie stimmen dem Antrag einstimmig zu. Betreffend Anträge der SP folgt die Fraktion dem Gemeinderat mit Ablehnung.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/Die Mitte**, sagt, dass sie dem Geschäft so oder anders zustimmen wird. Verdichtung und Entwicklung nach innen ist wichtig und notwendig. Der Ort und das vorliegende Projekt sind ansprechend und sinnvoll geplant. Auch wenn es mit anderen Anliegen kollidieren kann, ist es vorzuziehen. Es sollen prägende Gebäude erhalten werden. Die Fraktion wird dem Gemeinderat folgen und die Anträge der SP mehrheitlich ablehnen. Bei der Gesamtvorlage wird die Fraktion geschlossen zustimmen.

Im Folgenden spricht **Nicole Krenger (glp)** für die glp. Betreffend Energie ist es gut, wenn der Gemeinderat künftig in seiner Planung den Puls der Zeit aufnimmt. Sie hat sehr viele Sympathien für die vorliegenden Anträge. Es erscheint der Prozess nicht zu stimmen. Sie hat die Lösung nicht. Der Stadtrat ist zuständig, zur Planung ja oder nein zu sagen. Selbstverständlich können hier Änderungen gemacht werden. Wenn aber Änderungen beschlossen werden, verzögert dies den Bau. Die glp wird sich bei den Anträgen der SP enthalten. Es wurde abgewogen, ob die Sympathie mit einem ja unterstützt werden soll oder ob die Ausbremsung verhindert werden soll.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, findet das Comadur-Gewerbeareal ein spannendes Areal und dass es sich ideal für eine Verdichtung eignet. Wohnungen mit Dienstleistungsunternehmungen und attraktiver Aussengestaltung zu verbinden, ist zu begrüßen. Das Richtprojekt mit dem historischen Hauptgebäude und unterschiedlich hohen Neubauten und dem offen gestalteten Innenhof vermag die Fraktion aus städtebaulicher Sicht zu überzeugen. Sie ist froh darüber, dass ein Mobilitätskonzept vorliegt. Die Prüfung einer Begegnungszone oder Tempo 30 beim Schweizerweg ist sinnvoll. Er bedauert es, dass so

häufig über die Anzahl Parkplätze diskutiert werden muss. Es ist aber ein Indikator betreffend die Nachhaltigkeit des Bauens. Es ist wichtiges, aber nicht einziges Kriterium. Das Delta von 0.5 bis 0.9 ist gross. Man spricht von einer Differenz von 51 und 154 Parkplätzen. Auch wenn man im Entwurf des Variantenstudiums von 70 Parkfeldern ausging, ist dies nicht verbrieft. Er möchte vom Stadtpräsident wissen, wie verlässlich diese Zahl ist. Angesichts der fortschreitenden Klimaerwärmung ist beim Bauen ein sehr grosser Ehrgeiz gefordert. Es müssen Gold-Standards eingefordert werden. Die Anträge der SP geniessen bei der Fraktion grosse Sympathien und diese werden unterstützt. Die Fraktion hat bei anderen ZPP mitgeholfen. Nun werden aber Fortschritte erwartet. Die Rendite der Investorin ist wichtig. Wer heute baut, muss aber so bauen, dass künftige Umweltaforderungen eingehalten werden können. Die schnelle Entwicklung bedingt, dass man heute ans Limit geht. Mit der Klimakrise kann es sein, dass die Eigentümer die Gebäude künftig aufstocken müssen. Der Stadtrat kann nur heute steuern. Danach ist es zu spät. Die Anträge der SP werden somit unterstützt.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, findet das vorliegende Planungsgeschäft erfreulich. Das geplante Konzept deckt sich mit den gemeinderätlichen Strategien und Legislaturzielen. Mit den Vorgaben zu der Anzahl Parkplätzen und dem Mobilitätsmanagementkonzept trägt das Vorhaben zu einer nachhaltigen Mobilität bei. Das für die Haupteinschliessung gewählte Einbahnregime scheint praktikabel. Das Linksabbiegen in die Bernstrasse birgt aber ein gewisses Risiko. Mit dem Anschluss an die Fernwärme der KVA wird das Areal mit Umweltwärme versorgt. Zudem muss der Standard nachhaltiges Bauen Schweiz mit der Bewertungsnote von mindestens 4.0 erfüllt werden. Damit sind die Ziele der Energiestadt Thun und der überkommene Richtplan Energie erfüllt. Mit dem Vorhaben kann ein Beitrag zur Innenentwicklung geleistet und Kulturland kann geschont werden. Der industrie-historischen Bedeutung wird durch Erhalt des Comadur-Gebäudes Rechnung getragen. Der nach Realisierung der Überbauung fällige Mehrwertausgleich beläuft sich auf 1.5 Mio. Franken. Die Stadtkasse wird sich freuen. Nebenbei darf davon ausgegangen werden, dass die Steuerkraft der Stadt Thun durch die zusätzlichen Bewohner steigen wird. Auch dies ist ein gemeinderätliches Legislaturziel. Den Investoren und den beteiligten Entwicklern ist es gelungen, an dieser guten Wohnlage eine ZPP zu erstellen, welche überzeugt. Die auferlegten Beschränkungen gegenüber den heute geltenden baulichen Grundlagen wurden aus Überzeugung und völlig freiwillig von den Investoren eingebracht. Das Thema Parkplätze wird immer wieder aus ideologischen Gründen vorgebracht. Baurechtlich könnten bis zu zwei Parkplätze pro Wohnung gebaut werden. Bei etwa 60 Wohnungen wären damit bis zu 120 Parkplätze möglich. Woher die Zahl von 154 kommt, ist ihm nicht erklärlich. Die Spannweite von 0.5 bis 0.9 nach dem durchgeführten Wettbewerb wurde nochmals auf knapp 0.7 verkleinert. Eine weitere Beschneidung des Parkplatzangebots wäre nicht möglich. Es geht um eine Differenz von 12 Parkplätzen. Deshalb eine allfällige Neuauflage mit Einspruchsmöglichkeiten auf sich zu nehmen, wird als fahrlässig eingestuft. Auf diesem Areal bestehen bereits heute über 40 Parkplätze. Es werden damit tendenziell weniger Parkplätze zur Verfügung stehen als heute. Zu bedenken ist, dass Thun einen Leerwohnungsbestand von 0.17 % aufweist. Dies kann von der SP nicht gewünscht sein. Mit den eingereichten Anträgen wird dies aber provoziert. Es ist bemühend, wenn bei jedem Planungsgeschäft – auch wenn es nicht um öffentlichen Grund geht – die geltenden baurechtlichen Vorgaben aus ideologischen Gründen torpediert und kastriert werden. Es muss eine Planungssicherheit sichergestellt werden. Die Fraktion wird die Anträge der SP selbstverständlich einstimmig ablehnen. Der ZPP Bernstrasse 11 wird sie gemäss dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen.

Adrian Christen (SP) findet bezogen auf die Energie und Umwelt den SNBS mit der Note 4.0 als Minimum nicht ausreichend. Ein Neubau wird im SNBS definiert zwischen 4.0 und 6.0. Damit wären wir zuunterst. Nun soll etwas gebaut werden, das heute nur knapp dem Standard entspricht. Bald wird es veraltet sein. Auch ein sanierter Bau erfüllt die angestrebten Ziele mit der Note 4.0 nicht. Heizen mit Fernwärme ist gut. Aber dies ist nicht CO₂ neutral. Es werden Haushaltsabfälle verbrannt. Es müsste das Ziel sein, dass Abfall vermindert wird. Auch der Transport des Abfalls ist nicht CO₂ neutral. Betreffend Parkplätze kann zur Vermeidung des Staus wenig gemacht werden bei den Strassen. Wenn zusätzliche Wohnungen mit zusätzlichen Parkplätzen gebaut werden, führt dies zu mehr Verkehr. Auch der Investor will nicht, dass es viel

Stau gibt. Aufgrund des tiefen Leerwohnungsbestands wird der Investor auch bei ambitionierteren Nachhaltigkeitszielen gerne in Thun bauen wollen.

Thomas Hiltbold (Grüne) findet, dass Stadtrat Aegerter Angst macht betreffend die Dauer der Verzögerung. Diese würde es nicht geben. Es gab wenige Einsprachen. Eine einzige ist noch pendent. Er weiss nicht, inwiefern noch eine Einsprache gemacht werden könnte, wenn der Stadtrat demokratisch etwas beschliesst. Betreffend Label SNBS hat er einen Fachartikel von 2016 gefunden, worin geschrieben steht, dass Note 4.0 oder mehr für Wettbewerbsprojekte gefordert ist. Im Jahr 2021 muss man ehrgeiziger sein. Die Schweiz ist im Rückstand betreffend die Pariser Klimaziele und muss aufholen.

Nicole Krenger (glp) hat eine spontane Überlegung. Sie hat selten ein Planungsprojekt für eine autofreie Siedlung gesehen. Selten wurde der beste Energiestandart gefordert. Es könnte helfen, eine Gesamtübersicht zu den verschiedenen Projekten zu haben.

Peter Aegerter (SVP) sagt, dass man betreffend mögliche Anzahl Parkplätze längstens unter der Hälfte ist. 0.0 geht nicht. Bei seinen Aussagen handelt es sich nicht um Angstmacherei. Oft wurden Referenden ergriffen, welche man nicht erwartete. Es wird immer mehr Einsprachen geben.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, verlangt einen Sitzungsunterbruch.

Thomas Hiltbold (Grüne) verlangt, dass zuerst der Stadtpräsident die offenen Fragen beantwortet, was diskussionslos genehmigt wird.

Der Stadtpräsident sagt zu der Verbindlichkeit der Anzahl Parkplätze, dass es sich um eine Zone mit Planungspflicht handelt. Die Planungspflicht kann abgelöst werden durch eine Überbauungsordnung oder ein Wettbewerbsverfahren. Hier wurde ein Wettbewerb durchgeführt, wobei ein qualifiziertes Verfahren nach SIA 142 durchgeführt werden muss. Deswegen musste der Gemeinderat auch das Wettbewerbsprogramm genehmigen. 0.7 Parkplätze sind verbindlich, weil das Siegerprojekt dies so vorsieht. Nach oben kann es sicherlich nicht verändert werden. Betreffend Fernwärmeanschluss wird dies von der Fernwärme Thun AG durchgeführt. Am Ausbau wird mit Hochdruck gearbeitet. Man ist dabei im Plan. Aber im Moment ist das Hauptproblem die aktuellen Lieferschwierigkeiten. Es kann deshalb zu Verzögerungen kommen. Betreffend Parkplätze führt er aus, dass es ein gutes Vorhaben ist. Wenn alle nun eine Idee haben, wie es für sie am perfektsten wäre, finden wir keine Lösung. Die 0.7 Parkplätze sind eine gute Lösung. Es sind nicht nur die Anzahl Parkplätze, die mehr Verkehr generieren. Wesentlich ist auch das Mobilitätskonzept mit Mobility-Parkplätzen und Fahrradabstellplätzen. Wenn man nicht nur auf die Parkplätze schaut, sondern auf die Mobilität, dann sind wir à jour. Bei einer Annahme der Anträge muss wohl eine erneute Vorprüfung gemacht werden. Es ist unklar, wie lange dies gehen würde. Für die ZPP-Änderung ohne Einsprachen geht der Gemeinderat von einer Verzögerung von vier bis sechs Monaten aus. Mit Einsprachen kann es noch länger dauern. Wenn die Spielregeln bei einem Wettbewerbsprojekt geändert werden, kann dies die Wirtschaftlichkeit des ganzen Projekts verändern. Es ist unklar, ob die Investoren dann das ganze Projekt neu durchrechnen müssten. Das Ziel der Investoren ist nicht, so viele Parkplätze wie möglich zu haben. Diese kosten. Aber um Wohnungen zu vermieten, muss man auch Parkplätze anbieten können. Betreffend Energie ist es so, dass dies mit dem Gemeinderat von den Investoren freiwillig vereinbart wurde. In der ZPP kann kein Label verankert werden. Es besteht keine rechtliche Grundlage, weshalb der Gemeinderat diesen Antrag der SP ablehnt. Die Grundlage ist der Anschluss an die Fernwärme. Die Investoren gingen weiter, als die rechtlichen Grundlagen es erfordern. Wie der bestehende Bau im Rahmen der Zertifizierung gewertet wird, ist ihm unklar. Dieser ist als erhaltenswerter Altbau nicht maximal energieeffizient. Die Minimalvorschrift von 4.0 ist angemessen. Wenn mehr geht, werden die Investoren dies machen. Sie wollen gut dastehen am Markt. Er hält diesen Antrag zudem für unzulässig.

Der Stadtratspräsident unterbricht die Sitzung für 5 Minuten.

Sitzungsunterbruch (5 Minuten)

Der Stadtpräsident sagt, dass er mit dem Stadtarchitekten besprochen hat. Es wird schwierig, für ein ganzes Areal mit einem geschützten Gebäude einen so hohen Standard festzulegen. Er weiss nicht, ob dies technisch möglich ist. Er wurde gefragt, ob mit den Investoren besprochen werden kann, ob bei den Neubauten nicht ein höherer Standard möglich sei. Der Gemeinderat kann dies gerne mit ihnen besprechen. Seit 2017 arbeitet die Stadt mit ihnen zusammen. Es ist eine Investorenschaft, die etwas Gutes machen will. Er kann nicht zusichern, dass es funktioniert. Der Standard von 4.0 ist mehr als der Gemeinderat fordern kann. Er kann nicht versichern, dass die Vertragspartner den höheren Standard für die Neubauten annehmen werden, aber er wird es mit ihnen besprechen.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, sagt, dass oftmals darüber gesprochen wird, was man könnte und möchte, dann aber trotzdem nichts gemacht wird. Es freut sie, dass die Stadt bereit ist, die Verhandlungen nochmals zu führen, damit ein höherer Energiestandard angestrebt werden kann. Es ist gut, dass die Anzahl Parkplätze 0.7 verbindlich sind. Aus diesen Gründen zieht die Fraktion die beiden Anträge zurück sie stimmt der ZPP zu. Sie sind aber fest überzeugt, dass alles Mögliche getan werden muss für das Klima.

Der Rat genehmigt mit 35 : 0 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 Buchstabe b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 25. August 2021, beschliesst:

1. Verabschiedung des Genehmigungsentwurfs für die Zonenplanänderung ZPP «Bernstrasse 11» nach Artikel 58 bis 61 Baugesetz, beinhaltend Änderung des Zonenplans und des Baureglements 2002, Anhang 3: neue Zonenvorschriften ZPP «Bernstrasse 11», zuhanden der Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

74. Kontrolle ruhender Verkehr Stadt Thun 2022 - 2026. Kreditbewilligung und Genehmigung der Vereinbarung

Bewilligung einer jährlich wiederkehrenden Ausgabe von 450'000 Franken inkl. MWST für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs in der Stadt Thun für die Jahre 2022 bis 2026 und Genehmigung der Vereinbarung mit der Securitas AG

Eveline Salzmann, **SAKO Si+So**, teilt mit, dass es sich bei der Ausgabe von 450'000 Franken um ein Kostendach und Erfahrungswerte handelt. Die Ausgaben und Einnahmen für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs halten sich meist die Waage. Die Einnahmen gehen eher zurück. Bei der Kontrolle des ruhenden Verkehrs geht es um eine hoheitliche Aufgabe, die ausgelagert worden ist. Im Vertrag wurden deshalb auch Anforderungen an die Ausbildung der Mitarbeitenden gemacht. Die Securitas AG untersteht dem Gesamtarbeitsvertrag. Die SAKO hat dem Antrag des Gemeinderates mit 4 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung und drei Abwesenheiten zugestimmt.

Markus van Wijk (FDP) sagt, dass es um die Eintreibung von Ordnungsbussen bei Parkplätzen geht. Dies macht die Securitas. Dies weil es günstiger ist als durch die Stadtbehörden oder die Kantonspolizei. Die Organisation erfüllt alle Anforderungen, welche die Stadt an sie stellt. Das entsprechende Personal ist adäquat geschult durch die Polizei. Es wurden bereits erfolgreiche Erfahrungen mit der Securitas gesammelt. Die FDP stimmt der jährlich wiederkehrenden Ausgabe von 450'000 Franken und dem Vertrag zwischen der Stadt Thun und der Securitas AG zu.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, führt aus, dass seit Jahren feststellbar ist, dass es mehr private Sicherheitskräfte als Polizistinnen und Polizisten gibt. Einer der Gründe hierfür ist, dass die Stadt für Aufgaben, die früher hoheitlich waren, private Sicherheitsdienste beauftragt. In der Stadt Thun sind dies der nächtliche Ordnungsdienst Innenstadt und die Verkehrsdienste sowie die Patrouillen durch die Schulanlagen. In der Auslagerung von hoheitlichen Aufgaben sieht die SP zwei Probleme. Es ist gerade im Bereich Sicherheit problematisch, wenn solche Aufgaben an Private ausgelagert werden wegen den damit verbundenen Sanktionen. Die privatisierten Aufgaben sollen wieder an die Stadt fallen. Der GAV der Sicherheitsbranche ist schwach. Städtische Angestellte wären bessergestellt. Ein Teil der SP steht der Vorlage kritisch gegenüber. Ein anderer Teil der SP stimmt dem Kredit zu, weil sich die Delegation der Überwachung des ruhenden Verkehrs an Private in ihren Augen bewährt hat. Die Einhaltung des GAV als Bedingung wird begrüsst. Wichtig und gut ist, dass die Angestellten eine Ausbildung in Form von Kursen bei der Kantonspolizei absolvieren müssen.

Ronald Wyss, **Fraktion glp/Die Mitte**, sagt dass die Aufgabe der Parkplatzbewirtschaftung auch künftig ein wichtiges Thema bleiben wird. Die Ausführungen des Gemeinderates sind schlüssig und nachvollziehbar. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, ist klar, dass ein funktionierendes Parkplatssystem noch nicht ohne Kontrolle funktioniert und dies Kosten verursacht. Es stellt sich die Frage, wie sich die Ausgangslage künftig entwickeln könnte. Mit mehr Parkhäusern und weniger Parkplätzen wird auf eine mögliche Senkung der Kosten gehofft. Verwaltungsintern wären dank Digitalisierung günstigere Alternativen denkbar. Die Fraktion würde Updates durch den Gemeinderat begrüssen. Es handelt sich um einen hohen Betrag. Haben wir einen Spielraum? Dies kann keine langfristige Lösung sein. Eine Nullrunde soll angestrebt werden. Ob dies innerhalb der Vorgaben mit weniger Kontrollen oder neuen Systemen möglich ist, soll eine Abschätzung der Direktion bleiben. Künftig soll aber eine günstigere Lösung vorgelegt werden. Wie stehen die Chancen, dass das Kostendach nicht ausgeschöpft wird? Was geschieht mit gesprochenem, aber nicht in Rechnung gestelltem Geld? Mangels Alternativen folgt die Mehrheit der Fraktion dem Antrag und wird die Vereinbarung so unterstützen. Es kann aber auch Enthaltungen geben.

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, findet sinnvoll, die Kontrolle des ruhenden Verkehrs an Dritte zu delegieren und den Vertrag zu den vorgeschlagenen Konditionen zu verlängern. Erfreulich ist, dass die Ausschreibung via SIMAP erfolgte. Die Fraktion wird dem Kredit und der Vereinbarung einstimmig zustimmen.

Gemeinderat Peter Siegenthaler sagt, dass die Securitas AG seit Jahrzehnten ein guter Partner ist. Was unter dem Kostendach von 450'000 Franken bleibt, wird nicht ausgezahlt. Die Securitas ist nicht die Einzige, die Bussen verteilt. Auch die Polizei macht dies. Der Gedanke ist legitim, dass die Aufgabe zur Stadt zurückfallen soll. Auch dann wird es aber etwas kosten. Die Tätigkeit ist nicht sehr begehrt. Sie ist mit vielen schwierigen Gesprächen verbunden. Selbstverständlich wird die Technik Fortschritte machen. Dem verschliesst sich der Gemeinderat nicht. Dies ist auch mit diesem Partner möglich. Der Stadtrat kann bei der Budgetberatung eine Stellenaufstockung beantragen.

Der Rat genehmigt mit 29 : 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 5 Absatz 4 und Artikel 40 Buchstabe b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 25. August 2021, beschliesst:

1. Bewilligung einer jährlich wiederkehrenden Ausgabe von 450'000 Franken inkl. MWST zu Lasten der Erfolgsrechnung (Produktgruppe 4.3 Polizei Thun) für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs in der Stadt Thun für die Jahre 2022 bis 2026.
2. Die Vereinbarung Kontrolle ruhender Verkehr Stadt Thun zwischen der Securitas AG und der Stadt Thun wird genehmigt

3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

75. Motion M 2/2021 betreffend Schaffung einer reglementarischen Grundlage für die Anerkennung der französischen Amtssprache bei Einbürgerungen

Fraktion SP, Fraktion Grüne/JG, Nicole Krenger (glp) und Nicolas Glauser (glp) vom 6. Mai 2021; Beantwortung

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, sagt, dass der Kanton Bern ein zweisprachiger Kanton ist und dies zur Identität für viele Berner*innen gehört. Die erste Fremdsprache in der Schule ist Französisch respektive Deutsch. Auch in der Geschichte war das Französisch für die Stadt wichtig. Die Anforderungen an die Einbürgerungen gehören zu den strengsten von ganz Europa. Durch diese Motion kann auf Stadtebene der minimale Spielraum genützt werden. Die Begründung zur Ablehnung des administrativen Mehraufwandes ist nicht stichhaltig. Alle Unterlagen sind im Kanton auf Französisch übersetzt. Im Migrationsamt gibt es sicherlich Angestellte, die französisch sprechen. Dieses Angebot sollte mit Blick auf den Service Public eigentlich selbstverständlich sein. Das Gesetz ist klar. Wenn dies nur für die Gemeinden an der Sprachgrenze hätte möglich sein sollen, hätte dies in das Gesetz aufgenommen werden können. Es ist unklar, wie viele französischsprachige Menschen sich in Thun einbürgern lassen wollen. Die Stadt Thun schrumpft bevölkerungsmässig. Eine vorausschauende Politik würde dafür sorgen, junge Menschen dazu anzuspornen, ihr Leben in Thun aufzubauen.

Eveline Salzmann, **SVP-Fraktion**, fragt sich, was der kantonale Gesetzgeber bei der Revision von Art. 12 Abs. 1 Bst. d des kantonalen Bürgergesetzes erreichen wollte. Bei Gesetzen ist es so, dass man die Entstehungsgeschichte betrachten muss. Es war nie die Idee, dass man generell im Kanton Bern in deutschsprachigen Gemeinden das Französische als ausreichende Sprachkenntnisse wollte. Im Vortrag ist ersichtlich, dass Menschen, die eingebürgert werden sollen, über gute Kenntnisse der jeweiligen Amtssprache verfügen müssen. Der gleichlautende Antrag der Stadt Bern wurde vom Regierungsrat abgelehnt. Thun ist eine reine deutschsprachige Gemeinde und liegt nicht an der Sprachgrenze. Französisch als Einbürgerungssprache zuzulassen, macht keinen Sinn. Für Thun wäre es ein zusätzlicher administrativer und finanzieller Aufwand. Auch die Gespräche müssten auf Französisch durchgeführt und protokolliert werden. Mit der Einbürgerung allein ist es nicht gemacht. Diese Menschen werden hier wohnen. Hier ist alles auf Deutsch. Wenn man sich in Thun einbürgern lassen will, muss man zwei Jahre hier gelebt haben. Bei wirklicher Integration muss man deutsch sprechen. Die Fraktion wird die Motion ablehnen. Die Reglementsänderung würde den französischsprachigen Menschen nur kurzfristig dienen.

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, sagt, dass Kenntnisse einer Amtssprache und der lokalen Sprache wichtig sind, wird nicht in Frage gestellt. Es ist aber ein Problem, wenn Personen mit durchschnittlichen Deutschkenntnissen und guten Französischkenntnissen nicht eingebürgert werden können. Nach dieser Logik ist der durchschnittliche Berner aus dem Jura schlecht integriert. Es geht nur um die Integration von Ausländern. In einem zweisprachigen Kanton sollen nicht nur Gemeinden entlang der Sprachgrenze verpflichtet sein, beide Sprachen anzubieten. Es kann viele Gründe geben, dass jemand hier wohnt, der in Bern oder in der französischsprachigen Schweiz arbeitet. Eine zweite kantonale Amtssprache hat viele Vorteile, aber ist auch mit vielen Pflichten verbunden. Die Grenzen des schweizerischen Einbürgerungsverfahrens mit 2'272 Ämtern werden aufgezeigt. Die Fraktion plädiert für ein Signal für die Zweisprachigkeit und lehnt den Antrag des Gemeinderates mehrheitlich ab beziehungsweise stimmt der Motion mehrheitlich zu.

Daniela Huber Notter (Die Mitte) führt ein paar Sätze in französischer Sprache aus. Sie findet die Antwort des Gemeinderates nachvollziehbar und verständlich. Wenn eine Einbürgerung in Thun auch französisch durchgeführt wird, werden auch andere Anforderungen gestellt werden. Alle Informationen und Publikationen der Stadt sollten auch auf Französisch sein. Die Meinungen gingen in der Fraktion glp/Die Mitte auseinander. Die Mitte wird die Motion ablehnen und folgt dem Antrag des Gemeinderates.

Manfred Locher, **Fraktion EVP+EDU**, sagt, dass die Fraktion der Argumentation und dem Antrag des Gemeinderates folgt.

Nicolas Glauser (glp) findet es nachvollziehbar, dass wenn sich jemand hier einbürgern will, er nicht zuerst in eine französischsprachige Gemeinde ziehen muss, um sich einzubürgern und erst danach in das schöne Thun zurückkehren kann. Auch wird die Anzahl der Einbürgerungsgesuche auf Französisch ein Ausnahmefall bleiben. Es ist möglich, sich in Thun gut zu integrieren und trotzdem besser Französisch zu können und verständlicherweise dann den wichtigen Schritt der Einbürgerung in der französischen Sprache bewältigen will. Mit anderen Fremdsprachen kann kein Vergleich gemacht werden, weil es keine Amtssprachen des Kantons Bern sind. Es kann sein, dass dies bei der Revision des Gemeindebürgerrechts nicht explizit vorgesehen war. Die glp wird die Motion unterstützen.

Barbara Lehmann Rickli (FDP) stimmt der Antwort des Gemeinderates zu. Für eine gute Integration ist die Sprache das A und O. Man fühlt sich und wird nicht ausgeschlossen. Auch wenn alle dem Französischen mächtig sein sollten, macht man gerne einen Bogen darum. Es ist praktischer, in seiner Muttersprache zu sprechen. Es kann sinnvoll sein, entlang der Sprachgrenzen beide Sprachen zuzulassen. Die Frage nach den Kriterien wurde gestellt. Ab welcher Grösse soll man dies einführen? Haben die Tessiner und Rätomanen nicht das gleiche Recht? Die Mehrkosten sollen nicht ausser Acht gelassen werden. Die FDP wird dem Antrag des Gemeinderates Folge leisten.

Gemeinderat Peter Siegenthaler sagt, dass der administrative Aufwand geleistet werden kann. Es wird von einem Einzelfall gesprochen. Dieser Fall wurde vom Gemeinderat, dem Regierungsrat und dem Verwaltungsgericht beurteilt. Alle haben entschieden, dass die Stadt Thun richtig handelte. Der Fall ist nun beim Bundesgericht hängig. Im Kanton Bern gibt es keine generelle Zweisprachigkeit. In einem rein deutschsprachigen Verwaltungskreis sind Kenntnisse der französischen Sprache nicht genügend. Der Gemeinderat bittet den Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, führt aus, dass niemand weiss, ob der Fall vom Februar ein Einzelfall ist. Einige französischsprachigen Personen könnten sich einbürgern lassen wollen, wenn das Französisch ausreichend wäre. Der Entscheid des Verwaltungsgerichts beruht auf der aktuellen Rechtslage. Deshalb bräuchte es die reglementarische Änderung und dann würde dies rechtlich genügen.

Stadtratsbeschluss

Die Motion wird mehrheitlich abgelehnt.

76. Fragestunde F 13/2021 betreffend Schadaugärtnerei – wie weiter mit den Zwischennutzungen nach dem 30. November 2021?

Alice Kropf (SP) vom 21. September 2021; Beantwortung

Die Fragestunde F 13/2021 wird schriftlich beantwortet.

77. Fragestunde F 14/2021 betreffend AKuT-Finanzierung

SVP-Fraktion vom 21. September 2021; Beantwortung

Die Fragestunde F 14/2021 wird schriftlich beantwortet.

Eingänge

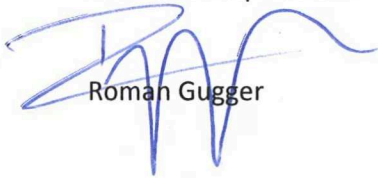
- Postulat P 9/2021 betreffend Förderung von E-Mobilität – Strategie für Ladestationen im öffentlichen Raum; Fraktion Grüne/JG, Fraktion SP, Nicole Krenger (glp), Nicolas Glauser (glp), Daniela Huber Natter (Die Mitte), Alois Studerus (Die Mitte), Simon Werren (Die Mitte) vom 23. September 2021
- Interpellation I 7/2021 betreffend Lindenbäume Waisenhausstrasse/Eigerplatz; Nina Siegenthaler (SP), Fraktion SP, Fraktion Grüne/JG vom 21. September 2021
- Interpellation I 8/2021 betreffend Baugesuch Freienhof; Fraktion Grüne/JG, Fraktion SP vom 23. September 2021

Mitteilungen

Der Stadtratssekretär teilt mit, dass seit heute ein neues Tool für die Betrachtung der Vorstösse unter <https://vorstoesse.thun.ch> verfügbar ist. Weiter verliest er das Rücktrittsschreiben von Stadtrat Serge Lanz.

Der Stadtratspräsident dankt Stadtrat Serge Lanz für seinen Einsatz für dessen Herzensstadt. Er hat die Zusammenarbeit und Kollegialität mit ihm sehr geschätzt und genossen.

Der Stadtratspräsident



Roman Gugger

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder